

FRANKREICH

Königliche Schatulle

Geheimdienste, Beamte und der Präsident kassieren Geld aus einer schwarzen Kasse der Regierung.

Jeden ersten Werktag nach Ultimo erscheint der Stabschef des französischen Premierministers mit einem Koffer voll Geld im Hôtel Matignon, wo schon die Kabinettschefs der einzelnen Ministerien angetreten sind. Einer nach dem anderen nimmt dann einen geldgefüllten Umschlag entgegen und trollt sich.

Einige bekommen 50 000 Francs, andere 140 000, und einer bezieht auch schon mal 300 000, alles ohne Quittung. Die „fonds spéciaux“ oder „fonds secrets“ sind Vertrauenssache, die Verteilung wird von niemandem kontrolliert. Deshalb werden sie auch von der Nationalversammlung, unter dem Haushaltsposten 37-91, stets ohne Debatte bewilligt.

Wenn sie es gewollt hätte, so sagt die ehemalige Staatssekretärin für das Schulwesen Françoise Hostalier, hätte sie das ihr überlassene Bare auch für sich behalten können, statt mit den Prämien ihren Beamtenapparat zu ölen. Der Politikprofessor Ezra Suleiman erkennt in dem Trinkgeldsystem „Praktiken wie in einer Bananenrepublik“. Aber die Zuwendungen zu streichen, sagt ein Insider, wäre selbstmörderisch für jeden Regierungschef.

Anfang November war es wieder soweit. Blind genehmigten die Abgeordneten dem Sozialistenpremier Lionel Jospin für den Geheimfonds knapp 394 Millionen Francs. Die „königliche Schatulle“ ist ohne Beispiel in westlichen Demokratien, sie ist, klagte „Le Point“, eine „typisch französische Abartigkeit“.

Wie mittelalterliche Duodezfürsten, ohne jede Prüfung durch Abgeordnete oder Rechnungshof, können französische Regierungschefs das staatliche Bakschisch nach Gutdünken verteilen. Wer was bekommt und wofür er es einstreicht, bleibt „Staatsgeheimnis“, nur wenige Eingeweihte wissen Bescheid.

Etwa die Hälfte des schwarzen Geldes fließt traditionell dem Auslandsgeheimdienst DGSE zu, und zwar für besonders fragwürdige Einsätze. Die Versenkung des Greenpeace-Kutters „Rainbow Warrior“ vor Neuseeland etwa, bei der 1985 ein Fotograf ums Leben kam, wurde aus dem „Kapitel 37-91“ bezahlt. Auch Bestechung ist erlaubt, wenn sie denn der



Versenktes Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“*: Besonders fragwürdiger Einsatz

Staatsräson dient. Mit über einer Million Francs etwa wurde 1992 eine kleine Grünen-Bewegung auf Maastricht-Kurs gebracht. Und wenn in einem Regionalparlament mal eine Stimme zur Mehrheit fehlt, wird das Problem durch einen Griff in den Fonds gelöst.

Mit seiner Kriegskasse hält der linke Jospin auch seinen rechten Kohabitationspartner, Staatspräsident Jacques Chirac, bei Laune. Der Elysée verfügt strenggenommen über keinen eigenen Etat, Auslandsreisen des Präsidenten etwa übernimmt das Außenministerium, die „Garde républicaine“ wird aus dem Verteidigungsbudget bezahlt.



Präsident Chirac, Premier Jospin
Wer bekommt was und wofür?

Deshalb ist der Elysée auch in permanenter Geldnot, wenn er zu Büfets für Jubilare lädt oder seinen eigenen rund tausend Angestellten knisternde Umschläge zukommen lassen will. Jospin soll dem Präsidenten jährlich rund 70 Millionen Francs in bar schicken.

Daß der Gaullist Chirac heute von seinem sozialistischen Premier großzügig bedient wird, verdankt er nicht zuletzt eigenem Weitblick. Als 1986 Chirac und François Mitterrand die erste Kohabitation eingingen, schworen Gaullisten, sie wür-

den dem Sozi im Elysée „Gas und Wasser abdrehen“, wenn der sich bockig zeige. Der Gasmann mußte aber nicht kommen, weil Chirac Verständnis für Mitterrands Geldnöte hatte und alles beim alten beließ.

Nach gutem, altem Brauch erkaufen sich konservative wie sozialistische Premierminister mit einem aus dem „Skandalfonds“ („L'Express“) gespeisten Prämienseggen auch die Loyalität der Beamtenelite. Die Spitzenfunktionäre sind die wahren Regenten der Republik, sie sorgen dafür, daß die Schatulle jeden Regierungswechsel übersteht.

Weil der Premier nicht erzählt, wer aus seiner Privatkasse bedient wird, können Politiker dubiose Einkünfte als milde Gabe aus den „fonds spéciaux“ kaschieren. In diesen Verdacht geriet der skandalumwitterte Ex-Verteidigungsminister François Léotard, als er einem Untersuchungsrichter erläuterte, die fünf Millionen Francs für den Kauf einer neuen Parteizentrale würden aus dem „Kapitel 37-91“ stammen. Doch niemand konnte ihm das Gegenteil beweisen.

Unter Hinweis auf den Geheimfonds wehrte auch der unter Druck geratene Präsident des Verfassungsrats, Roland Dumas, die Justiz ab. Deren Ermittler hatten bei der Fahndung nach Schmiergeldern aus Rüstungsgeschäften mysteriöse Eingänge auf Dumas-Konten geortet.

Besonders forsch gab sich der damalige gaullistische Premier Alain Juppé. Er antwortete auf die Frage eines Untersuchungsrichters, ob die 1995 in einer Parteizentrale sichergestellten heimatlosen 2,4 Millionen Francs tatsächlich aus dem Reptilienfonds stammten, er dürfe nichts sagen, denn Auskünfte würden „die nationale Verteidigung und die Staatssicherheit“ gefährden.

Wenige Empfänger sind so offenherzig wie die frühere linke Umweltministerin Huguette Bouchardeau. Sie gestand fröhlich, sie habe sich von dem Geld aus dem Hôtel Matignon ihr erstes Maßkostüm geleistet.

* Vor Neuseeland 1985.